

Protokoll über die Sitzung Nr. 4/2021 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 22. März 2021 um 14:00 Uhr im Ratssaal

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder Gruppe CDU/WBV

Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ausschussmitglied Martin Harms
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion

Beigeordneter Howard Jacques
Beigeordneter Jörg Mückenwarf
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordneter Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglieder Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriß

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns
Stadtbaurat Niksa Marusic
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination
Bianka Götz - Fachbereich Kommunikation & Koordination
Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen
Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen

Sonstige

Michael Diers - Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 3.1 | Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven | 18/2021 |
| 3.2 | Übernahme der anfallenden Kosten in den Kindertagesstätten in WHV durch die Corona-Notbetreuung | 42/2021 |
| 3.3 | Kindertagesstättenbedarfsplanung (Jugendamt/GGS) - Kindertagesstätte Friedenstraße | 45/2021 |
| 3.4 | Teilnahme an dem Modellprojekt "Smart Cities"
Gemeinsame Bewerbung der Stadt Wilhelmshaven mit dem Landkreis Friesland als Smart-City-Modelregion | 85/2021 |
| 3.5 | Antrag Gruppe CDU/WBV: Ergebnis der Bürgerbefragung zum Thema Stadthalle | 509/2021 |
| 3.6 | Antrag Gruppe CDU/WBV: Kitesurfen am Fliegerdeich | 514/2021 |
| 4 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| 4.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 58/2021 |
| 5 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 5.1 | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung | |

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Becker**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde unverändert festgestellt.

- 3 Vorlagen an den Rat

- 3.1 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven **18/2021**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman hinterfragte, warum die Kosten steigen obwohl letztes Jahr deutlich weniger Krankentransporte durchgeführt wurden.

Herr Marusic erklärte, dass die Kosten insgesamt unverändert geblieben seien und man diese nun auf weniger Einsätze verteilen müsse.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß §15 Niedersächsisches Rettungsdienstgesetz (NRettDG) ab dem 01.01.2021 zu.

Der Rat der Stadt beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 01.01.2021.

3.2 Übernahme der anfallenden Kosten in den Kindertagesstätten in WHV durch die Corona-Notbetreuung **42/2021**

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich, ob auch die Minderaufwendungen berücksichtigt werden und wie der laufende Zuschuss beeinflusst wird. Außerdem fragte er, ob eine Förderung seitens des Landes zu erwarten sei.

Herr Schönfelder erklärte, dass die laufenden Zuschüsse an die Kindertagesstätten spitz abgerechnet werden. Die geringeren Kosten führen daher zu geringeren Zuschüssen. Da die eigentlichen Einnahmeausfälle bei den Trägern der Kindertagesstätten liegen, sei keine Förderung des Landes zu erwarten.

Aufgrund einer weitere Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** berichtete **Herr Schönfelder**, dass im Jahr 2020 die anfallenden Kosten bereits übernommen worden seien. Da es sich damals um eine Eilentscheidung gehandelt habe wurden die Gremien jedoch nicht beteiligt.

Herr Müller ergänzte, dass der Rat im Rahmen einer Nachbewilligung für das Haushaltsjahr 2020 die Mittel für die Übernahme der Kosten genehmigt habe.

Auf Nachfrage von **Herrn Tönjes** teilte **Herr Schönfelder** mit, dass die Kindertagesstätten auf die Elternbeiträge nur verzichten, wenn die Stadt den Verlust auffängt. Die Eltern werden durch die Übernahme der Kosten also entlastet. Es gebe keinerlei Bedenken, dass die Kindertagesstätten den Ausgleich der Stadt und zusätzlich die Elternbeiträge einnehmen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Im Rahmen der Schließung der Kindertageseinrichtungen aufgrund der Corona-Verordnung des Landes Niedersachsen erstattet die Stadt Wilhelmshaven als öffentlicher Jugendhilfeträger den Trägern von Kindertageseinrichtungen diejenigen Gebühren und Entgelte gemäß § 20 KitaG, welche wegen fehlender Notbetreuung der Kinder nicht erhoben werden.

2. Die Erstattung ist auf den Zeitraum beschränkt, in dem die betreffenden Betreuungseinrichtungen geschlossen sind. Eltern, deren Kinder eine Betreuung in einer Notgruppe oder nach dem SGB IX wahrnehmen, sind nicht von den Elternbeiträgen zu befreien. Die Aufwendungen für die Mittagsverpflegung werden *grundsätzlich* nicht erstattet.

3.3 Kindertagesstättenbedarfsplanung (Jugendamt/GGS) - **45/2021**
Kindertagesstätte Friedenstraße

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Schönfelder informierte, dass die Stadt Fördergelder für den Bau erhalten kann und nun ein Interessenbekundungsverfahren erfolgen soll. Der Standort stehe jetzt fest, die weiteren Planungen erfolgen dann im Betriebsausschuss GGS. **Herr Schönfelder** teilte außerdem mit, dass die Beschlussvorlage um einen Vorbehalt bezüglich des Haushaltsplanes 2021/2022 und des Wirtschaftsplanes GGS 2021 erweitert wird.

Herr Dr. von Teichman hinterfragte, ob eine weitere Kindertagesstätte wirklich notwendig sei. Er mahnte, dass die Anzahl der Kinder nur kurzfristig ansteige und man bei Kosten in Höhe von 2,7 Mio. € unbedingt die Notwendigkeit diskutieren müsse. Eine weitere neue Kindertagesstätte sei schön, aber die Stadt müsse sich dies auch leisten können.

Herr Schönfelder erklärte, dass aufgrund des Anstiegs der Anzahl von Kindern unter drei Jahren und verschiedenen Veränderungen innerhalb der Kindertagesstätten Landschaft ein höherer Bedarf entstehe.

Herr Oberbürgermeister Feist ergänzte, dass die Kinderbetreuung auch ein wichtiger Standortfaktor sei.

Herr Hellwig erinnerte daran, dass die Beschlussvorlage im Jugendhilfeausschuss beraten wurde und rief zu Vertrauen in die Zahlen auf. Er teilte mit, dass die Gruppe CDU/WBV der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Herr Dr. Schulte warb ebenfalls für mehr Vertrauen in den Jugendhilfeausschuss. Außerdem sei die Entwicklung der Bedarfe an Kindertagesstätten sehr wohl bekannt.

Herr Tönjes bat darum, dass die Beschlussvorlage redaktionell angepasst wird, da im Beschlussvorschlag stehe, dass der Jugendhilfeausschuss beschließt.

Frau Weinstock zeigte sich überrascht über die Beschlussvorlage. Sie betonte, dass grundsätzlich eine neue Kindertagesstätte toll sei. Sie fragte, was aus dem ursprünglich dafür gefundenen Investor und dem dazugehörigen Konzept geworden sei.

Herr Schönfelder erklärte, dass die Stadt den Bau aufgrund der Fördermittel selber durchführen möchte.

Herr Marusic berichtete, dass GGS für die Nutzung der vorgesehenen Fläche Konzepte abgefragt habe, dabei jedoch kein passendes Konzept eingereicht worden sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Bau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände der Friedenstraße 100. Die Einrichtung wird mit ~~einer~~ **zwei** Krippengruppen und **zwei** *zunächst einer, eventuell am 01. Juli 2023 dann zwei* Kindergartengruppen geplant. Die Planung und der Bau werden von GGS übernommen.

3.4 Teilnahme an dem Modelprojekt "Smart Cities"

85/2021

Gemeinsame Bewerbung der Stadt Wilhelmshaven mit dem Landkreis Friesland als Smart-City-Modelregion

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman fragte, ob die genannten Zahlen wirklich korrekt seien und was die erwähnten Drittmittel sein könnten.

Herr Bruns erläuterte die Zusammensetzung der genannten Zahlen und kündigte an diesen Absatz neu zu formulieren. Die Drittmittel könnten zum Beispiel Spenden sein.

Er erläuterte auf Nachfrage außerdem, dass auch das vorhandene Personal gefördert werden kann und aktuell noch keine Mittel im Haushalt vorgesehen seien. Sollte die Stadt ausgewählt werden, müssen die Mittel über einen gesonderten Beschluss des Rates zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die gemeinsame Teilnahme mit dem Landkreis Friesland am Förderaufruf des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat „Modellprojekte Smart Cities“ mit dem Leitthema der dritten Auflage „Gemeinsam aus der Krise: Raum für Zukunft“.
2. Die Stadt Wilhelmshaven bekennt sich nachdrücklich zu den Leitlinien der Smart City Charta (Anlage 2). Die digitale Transformation der Stadt und der Region wird als partizipativer und fachübergreifender Prozess verstanden. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die gemeinsamen Leitsätze der Digitalen Transformation (Anlage 3).

3. Der Eigenanteil der Stadt Wilhelmshaven beträgt bis zu 10% von der jeweils maximalen Fördersumme. Im Falle einer erfolgreichen Teilnahme am Wettbewerb erfolgt ein gesonderter Beschluss zur Mittelbereitstellung.
4. Zielstellung ist, die Hälfte des Eigenanteils durch Drittmittel einzuwerben.
5. Mit Bewilligung einer Förderung sind die notwendigen Strukturen zur Umsetzung zu schaffen. Dabei ist zu gewährleisten, dass innerhalb der Stadtgesellschaft räumliche und gesellschaftliche Wirkungen unter Einbindung örtlicher Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft diskutiert und gestaltet werden. Hierbei ist ein strategischer Ansatz im Sinne der Smart City Charta der Nationalen Dialogplattform Smart Cities zu verfolgen.

3.5 Antrag Gruppe CDU/WBV: Ergebnis der Bürgerbefragung zum Thema Stadthalle **509/2021**

Herr Hellwig brachte den Antrag der Gruppe CDU/WBV ein und fügte zum Antrag den Satz „Die Planung eines Neubaus am Banter See wird nicht weiterverfolgt.“ hinzu.

Herr Dr. von Teichman hinterfragte was mit den genannten fachgutachterlich untersuchten Rahmenbedingungen gemeint sei und welche Dauer als temporärer Weiterbetrieb angedacht sei.

Herr Oberbürgermeister Feist berichtete, dass bereits unabhängig des Antrages mit GGS verschiedene Szenarien bezüglich der Stadthalle überlegt worden seien. Diese unterschiedlichen Szenarien würden aktuell zeitlich und wirtschaftlich beurteilt werden. Bezüglich des temporären Weiterbetriebes würden unterschiedliche Zeiträume geprüft werden. Sollte der Rat den Antrag so beschließen, werden, wie im Antrag genannt, lediglich die Kriterien Wirtschaftlichkeit und verkehrlich geeignet betrachtet.

Herr Jacques betonte, dass dieser Antrag auch ein Signal an die Bevölkerung sein solle. Damit würde der Rat bekunden, dass ein Neubau am Banter See nicht weiter angestrebt werde.

Herr Walpurgis informierte, dass die Gruppe GUS für die Ratssitzung am Mittwoch einen Antrag gestellt habe der beinhaltet, dass das Bauvorhaben am Banter See nicht mehr verfolgt wird.

Herr Dr. Schulte berichtete, dass auch die Gruppe FDP/FW einen Antrag für die Ratssitzung gestellt habe. Neben der Festlegung, dass kein Bau am Banter See erfolgt, enthalte der Antrag eine zweijährige Bindung an diese Entscheidung.

Herr Dr. Schulte erklärte, dass der vorliegende Antrag in der Gruppe nicht vorbesprochen sei und er den Antrag deshalb ablehnen werde. Da keine finanziellen Mittel vorhanden seien, sei es nicht sinnvoll die verschiedenen Möglichkeiten zu prüfen.

Frau Weinstock schloss sich den Aussagen von Herrn Dr. Schulte an. Es sei nicht notwendig die Verwaltung mit diesen Prüfungen zu beschäftigen.

Herr Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass die Kapazitäten, auch aktuell durch den Brand an der Marion-Dönhoff-Schule, sehr knapp seien, aber diese Prüfung möglich sei, insbesondere da viele Informationen bereits vorliegen.

Herr Hellwig betonte, dass die Einwohnerbefragung auch ergeben habe, dass die Bürger die Standorte Grenzstraße und Friedenstraße bevorzugen. Die Finanzierung sei ein anderes Thema und müsse erst an einem anderen Zeitpunkt geklärt werden. Hier gehe es zunächst lediglich um einen Prüfauftrag.

Herr Tönjes rief in Erinnerung, dass den Bürgern zum Zeitpunkt der Befragung die finanzielle Situation der Stadt nicht bekannt gewesen sei und ein Neubau finanziell nicht umsetzbar sei. Der Prüfauftrag sei daher aktuell nicht notwendig.

Herr Dr. von Teichman teilte mit, dass in der Befragung die Möglichkeit einer temporären Weiternutzung der aktuellen Stadthalle nicht thematisiert worden sei. Außerdem erklärte er, dass für einen Neubau drei Standorte in Frage kommen und überprüft werden müssten.

Frau Glaser stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte.

Herr Tönjes sprach sich aufgrund der Wichtigkeit des Themas gegen ein Ende der Debatte aus.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung auf.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte wurde mit 10 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat möge beschließen die Verwaltung zu beauftragen entsprechend des Ergebnisses der Einwohnerbefragung zum Thema Standort und Neubau einer Stadthalle in Wilhelmshaven zu prüfen, ob ein Neubau (entsprechend der fachgutachterlich untersuchten Rahmenbedingungen) am alten Standort Grenzstraße oder am Standort Friedensstraße wirtschaftlicher und welcher Standort verkehrlich der geeignetere ist. Die Planung eines Neubaus am Banter See wird nicht weiterverfolgt.

Des Weiteren ist zu prüfen, welche Kosten in Bezug auf den temporären Weiterbetrieb der alten Stadthalle (Unterhaltung und Betrieb) für den zu erwartenden Übergangszeitraum bis zur Inbetriebnahme der neuen Stadthalle bzw. ggf. bis zur rückbaubedingten Einstellung des Betriebes der alten Stadthalle voraussichtlich anfallen werden.

Begründung:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschloss am 24. Juni des Jahres 2020 eine Bürgerbefragung zum Thema Neubau Stadthalle bzw. einer Sanierung der alten Stadthalle durchzuführen. Mit der Vorlage des Ergebnisses der Befragung durch die Verwaltung stellen sich nunmehr die oben angeführten Fragen, deren Beantwortung einer Ratsentscheidung im Vorfeld erforderlich ist.

3.6 Antrag Gruppe CDU/WBV: Kitesurfen am Fliegerdeich

514/2021

Herr Hellwig brachte den Antrag der Gruppe CDU/WBV ein und erklärte, dass Vertreter von Kitesurfern auf Sie zugekommen seien und um einen festgelegten Bereich zum Starten und Landen baten.

Herr Dr. von Teichman sprach sich gegen den Antrag aus. Besonders als Zentrum des Nationalparks sei die Natur und Ruhe wichtig.

Herr Tönjes teilte ebenfalls mit, dass er dem Antrag nicht zustimmen werde, da nicht näher betrachtet worden sei welche Auswirkungen dies für die Umwelt habe.

Herr Reese sagte, dass die Anzahl der Kitesurfer am Jadebusen sehr gering sei und es keine Konflikte mit Badegästen oder Fahrradfahrern gebe.

Herr Jacques erklärte, dass er vorbehaltlich der Diskussion innerhalb der Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Die Sorge, dass dies zu viele Kitesurfer anziehe sei jedoch vorhanden.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** informierte **Herr Marusic**, dass der Deich teilweise an die Stadt, in Vertretung durch die WTF GmbH, verpachtet sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, zu prüfen, ob im Deichbereich („Fliegerdeich“ - seeseitig) zwischen dem Senckenberg-Institut und der Fliegerablaufbahn („Elfer“) eine „Start- und Anlandezone“ für Kitesurfer eingerichtet werden kann.

Das Ergebnis ist dem Rat bis zur Ratssitzung im Mai 2021 vorzulegen.

Begründung:

Das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg hat am 11. Dezember 2020 in seinem Urteil festgestellt, dass Einschränkungen der Teilnahme am Verkehr - auch durch Wassersportfahrzeuge - auf der Bundeswasserstraße (somit auch im Bereich des Jadebusens) ausschließlich durch entsprechende Rechtsnormen des Bundes (Bundesverkehrsministeriums) vorgenommen werden können. Somit sind entsprechende Regelungen auf der Basis von Landesrecht (z.B. Niedersächsisches Nationalparkgesetz) unwirksam. Demzufolge ist das Kitesurfen auf dem Jadebusen bis auf weiteres erlaubt. Um Konflikte zwischen Kitesurfen, Badenden, Spaziergängern, Radfahrern etc. zu vermeiden, sollte eine Zone eingerichtet werden, in der das Starten und Anlanden für Kitesurfer erlaubt ist.

Im übrigen Bereich der „Jadebusenküste“ der Stadt Wilhelmshaven / des Südstrandes sollte das Starten und Anlanden entsprechend untersagt werden. Bisher ist das Starten und Anlanden im Zuständigkeitsbereich der Stadt nicht geregelt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **58/2021**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich bei allen Spendern.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr Oberbürgermeister Feist**, dass die Pflege der gespendeten Bänke durch den Eigenbetrieb TBW erfolgt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
1. Soroptimisten Club Wilhelmshaven	500,00 €	Geldspende für den Besuchsdienst der Altenhilfe Wilhelmshaven
2. Öffentliche Landesbrandkasse, Staugraben 11, 26122 Oldenburg	400,00 €	Freiwillige Feuerwehr Wilhelmshaven, Ortsfeuerwehr Bant-Heppens OF 1

3. Öffentliche Landesbrandkasse, Staugraben 11, 26122 Oldenburg	400,00 €	Freiwillige Feuerwehr Wilhelmshaven, Ortsfeuerwehr Rüstringen OF 7
4. Öffentliche Landesbrandkasse, Staugraben 11, 26122 Oldenburg	300,00 €	Freiwillige Feuerwehr Wilhelmshaven, Ortsfeuerwehr Sengwarden OF 5
5. Öffentliche Landesbrandkasse, Staugraben 11, 26122 Oldenburg	300,00 €	Freiwillige Feuerwehr Wilhelmshaven, Ortsfeuerwehr Fedderwarden OF 6
6. Herr August Desenz, Erich-Kästner-Ring 13 A, 26386 Wilhelmshaven	2.000,00 €	Sachspende in Form eines Gemäldes für die Gemäldesammlung der Stadt Wilhelmshaven
7. SPD-Ortsverein Wilhelmshaven West, Adalbertstraße 1, 26382 Wilhelmshaven	1.973,20 €	Sachspende von 4 Wilhelmshaven Bänken zur Aufstellung im Stadtgebiet

5 Mitteilungen und Anfragen

Technische Ausstattung Ratssitzung

Herr Becker berichtete, dass er von mehreren Ratsmitgliedern die Anfrage erhalten habe, ob für die Hybridsitzungen des Rates eine weitere Kamera angeschafft werden könne.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass die Verwaltung vorab die Kosten für die Verwendung einer zweiten Kamera abgefragt habe und diese würden sich auf 350 € bis 400 € pro Sitzung belaufen.

Frau Weinstock merkte an, dass nur sehr wenige Ratsmitglieder die Möglichkeit der digitalen Teilnahme in Anspruch nehmen. Die aktuell vorhandene Technik sei ausreichend und die Gelder sollte man sparen.

Herr Prof. Preuß vertrat die Auffassung, dass eine Kamera die auf den Saal zeigt ausreichen würde.

Herr Walpurgis sprach sich für eine Übertragung ins Internet aus.

Herr Becker erinnerte daran, dass die Mehrheit des Rates sich gegen eine Übertragung der Sitzungen ins Internet entschieden habe.

Herr Jacques und **Herr Dr. von Teichman** sprachen sich gegen eine technische Aufrüstung aus.

Frau Glaser schlug vor, dass vor der Ratssitzung Schnelltests durchgeführt werden.

Herr Tönjes hielt eine weitere Kamera für eine gute Idee und würde daher die Aufrüstung unterstützen.

Brand Marion-Dönhoff-Schule

Auf Nachfrage von **Herrn Becker** teilte **Herr Oberbürgermeister Feist** mit, dass die Kosten durch den Brand an der Marion-Dönhoff-Schule noch nicht bekannt seien.

Teilnahme Modellregionen

Herr Becker hinterfragte ob die Stadt einen Antrag stellen wird um als Modellregion Lockerungen der Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie einführen zu dürfen.

Herr Oberbürgermeister Feist berichtete, dass diesbezüglich kurzfristig vom Land Richtlinien veröffentlicht werden sollen. Wenn die Stadt die darin enthaltenen Voraussetzungen erfüllen würde, werde die Stadt einen Antrag stellen.

Frau Weinstock betonte, dass auf kommunaler Ebene die Lage und die Vertretbarkeit der Lockerungen besser eingeschätzt werden könne.

Auf Nachfrage von **Herrn Reese** erzählte **Herr Oberbürgermeister Feist**, dass mit anderen Kommunen stetig ein Austausch über die Maßnahmen und deren Umsetzungen stattfindet.

Abführung Aufwandsentschädigung.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass die Abführung von Aufwandsentschädigungen beschlossen worden sei und dies auch umgesetzt werden sollte.

5.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

- Keine Wortmeldungen -

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:25 Uhr

Bruns
Stadtkämmerer

Becker
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin